

„Wenn die Empfehlungen dieser Expert:innengremien des Europarates dann vorliegen, müssen wir uns eingehend auf Ebene des Bundes, der Länder und der Gemeinden damit auseinandersetzen und die Empfehlungen Stück für Stück abarbeiten. Dazu braucht es auch die Einbindung der Zivilgesellschaft und einen konkreten Umsetzungsplan.“

„Volksgruppenrecht modernisieren“

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen, 21. 10. 2022)

Experten und Expertinnen zweier Gremien des Europarates auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes haben sich diese Woche im Rahmen ihres Österreich-Besuches ein Bild von der faktischen Situation vor Ort gemacht. „Österreich muss das Volksgruppenrecht modernisieren und beim Minderheitenschutz zum Vorzeigeland werden“, sagt dazu Nationalratsabgeordnete Olga Voglauer (Grüne).

„Wir verstehen uns in Österreich gerne als Vorreiter auf dem Gebiet der Menschenrechte – das müssen wir auch im Volksgruppenschutz unter Beweis stellen, denn die Selbstwahrnehmung trägt. Eine Neukodifizierung des Volksgruppenrechts – dazu zählen etwa die Reform des Volksgruppengesetzes und der Minderheitenschulgesetze für Kärnten und für das Burgenland – ist unumgänglich und ein Gebot der Stunde. Denn es braucht einen geeigneten Rechtsrahmen und wirksame Maßnahmen, um die immensen Herausforderungen im Volksgruppenbereich, wie etwa den Sprachenverlust, erfolgreich bewältigen zu können“, so die Volksgruppensprecherin der Grünen und Landessprecherin der Kärntner Grünen in der Aussendung.

„Wenn die Empfehlungen dieser Expert:innengremien des Europarates dann vorliegen, müssen wir uns eingehend auf Ebene des Bundes, der Länder und der Gemeinden damit auseinandersetzen und die Empfehlungen Stück für Stück abarbeiten. Dazu braucht es auch die Einbindung der Zivilgesellschaft und einen konkreten Umsetzungsplan. Wir wollen schließlich zu den Musterschülern im Volksgruppenbereich zählen“, erklärt Voglauer abschließend.

Internationale Experten und Expertinnen des Beratenden Ausschusses der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und des Sachverständigenausschusses der Charta der Regional- oder Minderheitensprachen waren im Burgenland unterwegs.